

oö Informiert

Nr. 2, 2016

GZ 04Z035680 M, Verlagspostamt 4040 Linz, P.b.b.



**MACHT
BRAUCHT
KONTROLLE**

**NORBERT ~~H~~ÖFER
BUNDESPRÄSIDENT**

Wahl verschoben:

**Rot-schwarze
Dilettanten**

Seite 4

Sozialressort:

**SP-Schuldenpolitik
stoppen**

Seite 9

TTIP:

**Droht nun
CETA?**

Seite 15



Die TÜRKEI hat in Europa NICHTS verloren

Klare Positionen hat FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner zu den aktuellen Themen der vergangenen Tage und Wochen, so auch zu den Terroranschlägen und zur derzeitigen Situation in der Türkei.

Was sagen Sie zu den vielen Terroranschlägen in Europa?

Haimbuchner: Ich bin in großer Sorge. Es zeigt aber auch klar, dass man sich nur mehr auf jene Parteien verlassen kann, die so wie die FPÖ von Anfang an darauf aufmerksam gemacht haben, dass diese unkontrollierte Masseneinwanderung von jungen muslimischen Männern zur Gefahr werden kann. Leider hat sich bewahrheitet, wovor die FPÖ schon vor einem Jahr gewarnt hat: Dass unter den Flüchtlingen auch Terroristen sein können. Da wurden wir als Hetzer und Brandstifter abgeurteilt.

Es zeigt aber auch, dass Europa nichts unter Kontrolle hat. Die Linken und Willkommensklatzler sollen sich bei den Österreichern entschuldigen, dafür, was sie unserem Land und den Menschen angetan haben. Auffallend ruhig verhalten sich auch die muslimischen Gelehrten. Von den Imanen hört man nichts –

weder zu den Anschlägen noch zu den Übergriffen auf Frauen.

Sie wollen Flüchtlinge nochmals überprüfen lassen. Warum?

Haimbuchner: All jene, die in den letzten zwei Jahren zu uns kamen, sollen überprüft werden. Hätte man das schon vorher gemacht, hätte das – europaweit – Leben gerettet. Denn es waren Menschen dabei, die kein Recht auf einen Aufenthalt hatten.

Welche Konsequenzen fordern Sie?

Haimbuchner: Ganz Europa hat daraus Schlüsse zu ziehen – allen voran die Bundesregierung. Es muss zu einem absoluten Aufnahmestopp für Asylwerber kommen. Nach dem gültigen Dublin-Abkommen der EU hat kein Flüchtling Anspruch auf Asyl in unserem Land. Immerhin kam ein Großteil aus Lagern in der Türkei nach Österreich und nicht

aus Kriegsgebieten. Die EU muss endlich ihre Außengrenzen sichern. EU-Verträge wie das Schengen-Abkommen werden nicht eingehalten, die EU-Staaten sichern auch die eigenen Grenzen nicht. Die EU muss sich entscheiden: Gibt es eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Was sagen Sie zur aktuellen Lage in der Türkei?

Haimbuchner: Es ist zu bezweifeln, dass es ein echter Militärputsch war. Präsident Erdogan nutzt dies und die Türkei ist mit diesen Vorgängen weit entfernt von der Demokratie. In der Türkei findet derzeit eine fortgesetzte Islamisierung statt.

Warum darf man Türken aus Ihrer Sicht derzeit nicht die österreichische Staatsbürgerschaft verleihen?

Haimbuchner: Viele Türken geben ihre Staatsbürgerschaft zurück, weil bei uns

keine Doppelstaatsbürgerschaften erlaubt sind. Sind sie dann Österreicher, holen sie sich erneut den türkischen Pass. Das kann leider nicht kontrolliert werden. So lange es da keine Informationen aus Ankara nach Wien gibt, darf keinem Türken mehr die Staatsbürgerschaft verliehen werden. Generell muss es in dieser Rechtsmaterie zu einer Änderung kommen. Es darf keinen Anspruch mehr auf unsere Staatsbürgerschaft geben, nur weil jemand nachweisen kann, dass er lange genug in Österreich gelebt hat. Es gehört auch geprüft, ob diese Menschen wirklich integriert sind. Derzeitige Asylwerber sind rasch mit einem österreichischen Pass ausgestattet. Gibt es kein

Umdenken, sind wir bald nicht mehr Herr im eigenen Land, sondern in einer Kolonie.

 **Soll die Türkei der EU beitreten?**

Haimbuchner: Die Verhandlungen gehören gestoppt. Die Türkei hat in der EU überhaupt nichts verloren. Aber so manche Politiker in Europa finden den Rückwärtsgang nicht, befinden sich intellektuell und politisch in einer Sackgasse.

 **Demos in Wien und Linz – ist die Integration der Türkei gescheitert?**

Haimbuchner: Die Integration ist auf allen Ebenen gescheitert. Türkische Fahnen haben auf unseren Plätzen bei unangemeldeten Demonstrationen nichts verloren. Wer mit türkischer Fahne demonstriert, soll das gerne in der Türkei machen. Und wer sich so verhält – das sage ich als Referent für den Wohnbau – soll auch keine Sozialwohnung erhalten. Wir müssen diesen Leuten die Grenzen aufzeigen, was wir unter einem demokratischen Rechtsstaat verstehen.

 **Welche Konsequenzen soll es für IS-Heimkehrer geben?**

Haimbuchner: Die gehören mit der nächsten Herkules-Maschine in den arabischen Raum gebracht. Wer mit so einem verbrecherischen Regime sympathisiert hat, hat bei uns nichts verloren. Das ist nicht nur Symbolik, sondern muss ein Selbstverständnis sein.



EU füttert Türkei mit Milliarden

Im Jahr 2014 hat die Europäische Union ihr Instrument zur Förderung potenzieller Beitrittskandidaten neu aufgelegt. Mit den sogenannten Heranführungshilfen sollen ausgewählte Staaten politisch, sozial und wirtschaftlich auf EU-Kurs gebracht werden.

Besonders profitieren die Länder des Westbalkans und die Türkei von den Heranführungshilfen. Das Land am Bosphorus hat zwischen dem Start der Hilfe 2007 und dem Jahr 2013 von der EU 4,8 Milliarden Euro erhalten. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 hat die EU weitere 4,45 Milliarden Euro für die Türkei eingeplant. Besonders gefördert werden „Demokratie, Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit“. Auch für Umwelt, Klima, Transport, Energie, Arbeit und Soziales ist Geld vorgesehen.

„Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen klar: EU-Gelder an die Türkei sind reine Geldverschwendung. Denn von Demokratie, Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit ist das Land am Bosphorus Lichtjahre entfernt“, kritisiert Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner. Er fordert einen „sofortigen Zahlungsstopp“.

Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner

Hofer akzeptiert Verschiebung

FPÖ-Bundespräsidentschaftskandidat Ing. Norbert Hofer akzeptiert die Verschiebung. „Ich nehme das einfach zur Kenntnis“, kündigt Hofer an, deswegen in seinem Wahlkampf keine Pause einlegen zu wollen.

„Es muss sichergestellt sein, dass Wahlen funktionieren und die Stimme dort ankommt, wo sie ankommen soll und zwar gültig.“



Natürlich haben die Österreicher keine Freude damit, dass sich die Wahlwiederholung verzögert. Ich versuche das Beste daraus zu machen“, kündigt Hofer an. „Man muss im Leben Dinge, die passieren, einfach zur Kenntnis nehmen. Ich werde auch die nächsten Wochen und Monate nutzen, um die Menschen zu überzeugen, dass ich die richtige Wahl bin“, so Hofer in einer ersten Stellungnahme nach Bekanntwerden des neuen Wahltermins.

Nun müsse der Einsatzplan neu gestaltet werden, weil Medientermine wegfallen. Aber an seinen öffentlichen Auftritten wolle er festhalten. Der FPÖ-Präsidentschaftskandidat möchte die Zeit nutzen, um seine Kontakte zu intensivieren.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mit Bundespräsidentschaftskandidat Ing. Norbert Hofer

Wahlverschiebung:

Rot-schwarzer Dilettantismus schadet der Demokratie

Die Entscheidung ist gefallen: Die Stichwahl für das Amt des Bundespräsidenten wird verschoben. Notwendig wurde die Verschiebung wegen Fehlerhaftigkeiten bei den Briefwahlkuverts. Daher sei eine einwandfreie und rechtskonforme Wahl am 2. Oktober nicht möglich. „Dieser rot-schwarze Dilettantismus schadet der Demokratie“, so FPÖ-Landesparteiohmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

„Österreich hat nunmehr in der Welt den Ruf einer Bananenrepublik. Die einfachste Lösung des Problems – nämlich die Briefwahl zu reformieren – wurde offensichtlich nicht einmal in Betracht gezogen. Was spricht dagegen, dass mittels Wahlkarte in jedem Wahllokal in Österreich eine Stimmabgabe möglich ist? Und den Auslandsösterreichern sollte die Möglichkeit geboten werden, mittels sicheren Kuverts ihre Stimme abzugeben. Wer aus gesundheitlichen Gründen von seinem Stimmrecht in einem Wahllokal nicht Gebrauch machen kann, der könnte bei einer der sogenannten ‚fliegenden Wahlkommissionen‘ wählen“, so Haimbuchner. Dafür brauche man aber auch ein zentrales Wählerregister.

Laut Innenministerium soll nun ein früheres Wahlkuvert verwendet werden,

gegen das der Datenschutzrat vor Jahren Bedenken geäußert hatte. Interessantes Detail am Rande: Der ursprünglich für September geplante Wahltermin wurde vom Innenministerium auf den 2. Oktober verschoben – Begründung: Man brauche einen zeitlichen Puffer, falls es Probleme geben sollte. Bundesparteiohmann HC Strache findet ebenfalls klare Worte: „Die Regierung ist nicht fähig oder nicht willens, einen ordnungsgemäßen Wahltermin zu organisieren.“

Klare Haltung der FPÖ sei, dass es die Briefwahl nur noch für Auslandsösterreicher oder für Personen, die nachweislich zur Wahl im Ausland sind, gibt. Alle anderen sollen – auch bei zusätzlichen Wahlterminen – in ganz Österreich bei Bundeswahlen ihre Stimme abgeben können.

Doppelmoral von der falschen Seite

„Die Güterwege werden von der FPÖ nicht kaputt gespart“, widerlegt Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner die Behauptungen von SPÖ-Bundesrat Michael Lindner. Fakt ist, dass Finanzreferent Dr. Pühringer in den Ressortbudgets einen Sparzwang verordnete.

Für das Jahr 2016 wurden die Ermessensausgaben um zehn Prozent gekürzt. Für den Bereich Straßenbau und öffentlicher Verkehr sind das rund 3,1 Mio. Euro. Weder im öffentlichen Verkehr, noch bei der Verkehrssicherheit waren Einsparungen möglich, daher waren vorerst Gemeinde- und Güterstraßen vom Rotstift betroffen. Gemeinden und Güterwegeverbände äußerten ihren Unmut bei Steinkellner, der jedoch die falsche Ansprechperson war.

„Weniger Geld für den Erhalt der Güterwege ist nicht Linie der FPÖ. Ja zu effizienten Einsparungen, aber an den

richtigen Stellen. Beispielsweise bei intransparenten Förderungen für Integration und im Sozialbereich“, hebt Steinkellner hervor. Der Landesrat für Infrastruktur trat für seine Überzeugung, dass der Erhalt und die Sanierung der Güterwege ein wesentlicher Baustein für die Leistungsfähigkeit des Landes sind, vehement ein. Deswegen wurden zähe Verhandlungen auf höchster politischer Ebene geführt. Als Ergebnis konnte mittels Umschichtungen eine Budgetaufstockung für die Gemeindestraßen und Güterwege auf Vorjahresniveau erreicht werden. Festzuhalten bleibt, dass das Budget für das Jahr 2016 von allen Parteien im Landtag beschlossen wurde. In

diesem Zusammenhang bekommt das Zitat von Ernst Ferstl „mit der Doppelmoral hat man nur halb so viele Gewissensbisse“ beispielhaften Charakter.



LR Mag. Günther Steinkellner

Flüchtlinge und Zuwanderer lassen Arbeitslosigkeit ansteigen

Österreich ist seit der Wirtschaftskrise mit einer noch nie dagewesenen Rekordarbeitslosigkeit konfrontiert. Im Juli hatten 379.679 Personen keinen Job, um 0,8 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Besonders stark stieg die Arbeitslosigkeit bei Älteren ab 50 Jahren (plus 5,9 Prozent). Laut AMS haben sie besonders schlechte Chancen, eine Arbeitsstelle zu finden.



Foto: Andreas Ruttinger

Auffallend ist, dass Zuwanderer am Arbeitsmarkt immer weiter zurückfallen. Nach jüngsten Erhebungen des AMS haben bereits 28,2 Prozent und somit mehr als ein Viertel der Arbeitslosen im Land keine österreichische Staatsbürgerschaft, ganze 41 Prozent der Arbeitslosen haben einen Mi-

grationshintergrund. Auch die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gestaltet sich schwierig. Von den 9.520 Personen, die im Vorjahr einen Asylstatus erhielten und sich beim AMS meldeten, waren Ende Juni nur 957 beschäftigt. 90 Prozent der Flüchtlinge fanden also keinen Job.

„Österreicher ohne Arbeit müssen Vorrang vor ausländischen Arbeitskräften haben“, fordert FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Er will den heimischen Arbeitsmarkt für Ausländer sperren. „Erst wenn die Konjunktur sich wirklich erholt, kann die Freizügigkeit durchaus für entsprechend Qualifizierte zum Tragen kommen.“ Drittstaatsangehörige sollen seiner Ansicht nach ausgewiesen werden, wenn sie länger keine Beschäftigung vorweisen können.

„Zieht die Bundesregierung mit dem zuständigen Sozialminister Alois Stöger nicht endlich die Notbremse, werden weder der Arbeitsmarkt noch das Sozialsystem diese Entwicklung auf Dauer ertragen können“, warnt Haimbuchner.



Hofer als rot-weiß-roter Kandidat gegen das Machtkartell

Im bis zum letzten Platz gefüllten Festzelt auf der Welser Messe haben die Freiheitlichen planmäßig am 10. September offiziell ihren Bundespräsidentenwahlkampf eröffnet. Trotz Wahlkartenfiasko wurden die mehr als 5.000 anwesenden Besucher von FPÖ-Kandidat Norbert Hofer, Bundesparteiobermann HC Strache und Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner auf die bevorstehende Wahlauseinandersetzung eingeschworen.

Oberösterreichs FPÖ-Chef Manfred Haimbuchner thematisierte mit deutlichen Worten die sexuellen Übergriffe durch Asylwerber am Welser Volksfest. „Lügen wir uns nichts vor. Was passiert den afghanischen Asylwerbern, die letzte Woche hier am Welser Volksfest die Frauen sexuell belästigt haben? Sind wir uns ehrlich, es passiert ihnen nichts. Die nehmen unseren Rechtsstaat nicht mehr ernst. Zu Hause in ihren muslimischen, arabischen Ländern dürfen sie nicht einmal den Koran schief anschauen, dann landen sie in einem Erdloch und bei uns bezahlt man ihnen noch einen Dol-

metscher und die Grundversorgung“, kritisierte Haimbuchner.

Auch Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer setzte in seiner immer wieder von „Hofer, Hofer“-Sprechchören unterbrochenen Rede auf das Zuwanderungsthema. „Bei Zuwanderung muss es eine Mischung sein aus Menschlichkeit und Vernunft.“ Er sagte aber auch: „Wir können nicht zulassen, dass die große Mehrheit der Menschen Wirtschaftsflichtlinge sind – ja nicht einmal das, weil die große Mehrheit wandert ins Sozialsystem ein. Wenn wir das zulassen, hat das nichts mit



Menschlichkeit zu tun, sondern mit Dummheit.“

„Wenn irgendwer glaubt, dass mir die Luft ausgeht, nur weil die Wahl später ist, der irrt gewaltig. Ich bin bereit, weiterzukämpfen, egal wann der Wahltermin ist. Ich werde mich nicht verstellen und werde meinen Wahlkampf auch nicht unterbrechen.“ In Richtung seiner politischen Gegner findet Hofer klare Worte: „Je mehr ihr mich bekämpft, umso stärker werde ich.“

Ich lasse mich von meinem Weg nicht abbringen. Und ich werde Bundespräsident der Republik Österreich.“

Bundesparteiobmann HC Strache sprach in seiner Rede vor allem die Missstände bei der Bundespräsidentenwahl an. „Man kann an Zufälle glauben, man kann es als Versagen werten – aber es bleibt ungeheuerlich, dass diese Regierung es nicht schafft, eine ordnungsgemäße Wahl auf die Beine zu stellen“, kritisierte Strache.

Großen Jubel erntete der Parteichef, als er ein Ende jeglicher EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei forderte: „Wir haben es mit einer islamistischen Präsidialdiktatur in der Türkei zu tun. Ein Land, das sich so entwickelt, da braucht es Sanktionen, aber keine Beitrittsgespräche“, sagte Strache. Mit anhaltenden „HC“-Sprechchören wurde schließlich seine Ankündigung bedacht, er werde „radikal-islamische Vereine und Gebetshäuser“ zusperren, sollte er Kanzler werden.



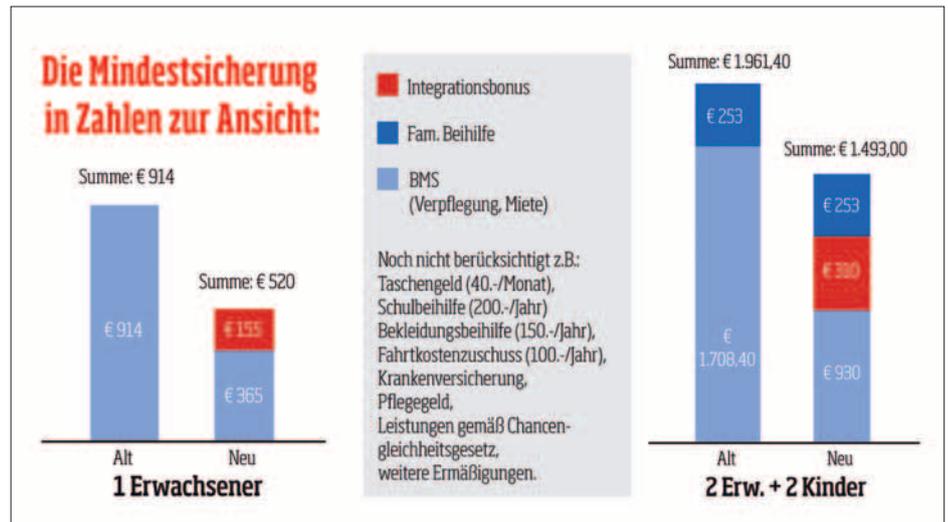
Renaturierungsmaßnahmen Atterseeufer

Sage und schreibe 95% der etwa 48,5 km des Uferbereiches am Attersee sind entweder durch Holz-, Stein- oder Betonwände verbaut und führen so unmittelbar im Uferbereich zu relativ großen Wassertiefen. Gerade aber Fische benötigen zum Laichen und als „Kinderstube“ für den Nachwuchs seichte, sauerstoffreiche Uferbereiche. Insbesondere trifft dies auch den Perlfisch und die Seelaube, die in Europa nur mehr in fünf Seen – alle in Österreich – zu finden sind.

Durch die Renaturierung der Uferbereiche und der Zuflüsse in den Attersee, werden in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesforsten und privaten Grundeigentümern eben diese flachen, sauerstoffreichen Habitate geschaffen und so haben die Jungfische optimale Bedingungen zum Heranwachsen. Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist, dass sich in diesen Uferzonen auch verschiedene Pflanzenarten ansiedeln, die zur natürlichen Reinigung des Wassers beitragen.

„Mit wenig finanziellem Aufwand können sinnvolle Maßnahmen für den Natur- und Artenschutz gesetzt werden“, betont Naturschutz-Referent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Behörden, Bürgern und Politik.

FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK OBERÖSTERREICH IH FPO Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZ00 – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPO Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei Vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, R. Kroiß, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schießl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, P. Handlos, M. Gruber, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß, G. Steinkellner, E. Schreiner. Grundlegende Richtung: Programm der FPO und Beschlüsse der Organe der FPO



„Mindestsicherung Neu“ zur Absicherung unseres Sozialsystems

„Aufgrund des Flüchtlingszustroms stehen wir vor großen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt“, betont FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr. Von den tausenden Asylwerbern in Oberösterreich wird nach Abschluss des Asylverfahrens ein überwiegender Teil soziale Leistungen in Anspruch nehmen. Mit der „Mindestsicherung neu“ (BMS neu) und der Reduzierung der Mindestsicherungsleistungen für befristet Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte soll dieser Entwicklung entgegen gewirkt werden.

Mit der am 1. Juli 2016 in Kraft getretenen „Mindestsicherung Neu“ bekommen integrationswillige befristete Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte künftig nur noch 520 anstelle von 914 Euro, zusammengesetzt aus dem Grundbetrag von 365 Euro und dem Integrationsbonus in Höhe von 155 Euro. „Wer sich integriert, soll eine Aufstockung zur Mindestsicherung bekommen“, hebt Mahr hervor, dass dieser Betrag die positive Integration der Flüchtlinge voraussetzt. Neben dem Erwerb der deutschen Sprache und dem Besuch von Werte- und Orientierungskursen muss die Bereitschaft zur Arbeit bzw. für Qualifizierungsmaßnahmen gegeben sein. Bei Weigerung und Integrationsunwilligkeit kommt es zu Kürzungen der Mindestsicherungsleistungen. „Die von uns geforderten Einschränkungen bei der

Mindestsicherung sind nicht nur als klare Botschaft an Zuwanderungswillige zu verstehen. Die Einschränkungen bei der Mindestsicherung sollen dazu beitragen, die Attraktivität Oberösterreichs als Zielland für Flüchtlinge zu senken und die Integration zu fördern“, hebt Mahr hervor, dass nur auf diese Weise sichergestellt werden kann, „dass unser Sozialsystem abgesichert und auch in Zukunft finanzierbar ist.“

Klubobmann Ing. Herwig Mahr: Neue Mindestsicherung ist nötig, um unser Sozialsystem zu erhalten.



Unverantwortliche **Schuldenpolitik** der **SPÖ** im Sozialressort

Scharfe Kritik an der Sozialpolitik der SPÖ in Oberösterreich kommt von der FPÖ. Das Sozialressort sei eine „Großbaustelle“. Mehrere Rechnungshofberichte würden die Schuldenpolitik der SPÖ bestätigen.

Besonders am Projekt „Sozial-Ressort 2021+“ von SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer stoßen sich die Freiheitlichen. Gerstorfer hatte angekündigt, dass ab Mitte September der künftige Leiter der Sozialabteilung, Michael Slapnicka, gemeinsam mit Vertretern jener Organisationen und Vereine, die Leistungen im Sozialbereich erbringen, eben diese auf Effizienz und mögliche Sparpotenziale durchleuchten soll.

FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner, dem blauen Klubchef Herwig Mahr und Sozialsprecherin Ulrike Wall ist die Evaluierung des Projektes, bei dem sich Betroffene selbst überprüfen sollen, zu wenig. Mahr fordert eine unabhängige Expertenkommission, die das Sozialressort durchforsten soll. Die Kommission müsse aus verschiedensten Personen bestehen, vor allem aber aus Ökonomen und Wirtschaftsprüfern. Das solle auch nicht im Alleingang geschehen, sondern in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung.



„Eine Expertenkommission muss sich sowohl das Sozialressort, als auch das Vereinswesen dringend ansehen, damit endlich auf den Tisch kommt, wo Geld in teure, aufgeblähte Vereinsstrukturen fließt, statt bei den Betroffenen anzukommen“, sagt Mahr.

Die laufenden Ausgaben im Sozialressort müssten gesenkt werden, um Beschäftigungs- und Wohnplätze für tausende Menschen mit Beeinträchtigung schaf-

fen zu können, die teilweise seit Jahren auf der Warteliste stehen. „Nach unserer Überzeugung sind etwa 10 Millionen Euro an Einsparungen rasch möglich. Das Ziel wären etwa 10 Prozent des Gesamtbudgets. Dieses beträgt für das Sozialressort derzeit 514 Millionen Euro. Dazu müsste aber die SPÖ mit ihrer neuen Landesrätin und Vorsitzenden Gerstorfer endlich ihre soziale Traumwelt mit der unverantwortlichen Schuldenpolitik verlassen“, fordert Haimbuchner.

Foto: Land OÖ/Sandra Schauer



Familienpicknick der OÖ Familienkarte in Leopoldschlag

Rechtzeitig zum OÖ Familienpicknick gab es Sonnenschein. 800 Familien kamen trotz schlechter Wettervorhersage nach Leopoldschlag. In ausgelassener Stimmung Zeit miteinander zu verbringen, zu spielen, sich zu bewegen und natürlich regionale Köstlichkeiten zu genießen, ist das was zählt. Zahlreiche lustige Spiele wie Sackhüpfen, Dosenschießen, Schwungtuch etc. und Musik rundeten die Veranstaltung der OÖ Familienkarte ab.

„Wichtig ist es, dass die Familien Zeit miteinander verbringen und etwas gemeinsam unternehmen. Das OÖ Familienpicknick ist eine gute Gelegenheit

dazu“, so Familienreferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner. Die weiteren Familienpicknicks des Familienreferates waren ebenfalls gut besucht.



Bis zu 40 Millionen für leere Asylquartiere

Steuerzahler muss für leere Asylquartiere zahlen

Das Land Oberösterreich verpflichtet sich, das finanzielle Risiko für nicht ausgelastete mobile Asylquartiere von Hilfsorganisationen zu übernehmen. Der entsprechende Beschluss erfolgte mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen in der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause.

Die FPÖ stimmte dagegen. Die beschlossene Ausfallhaftung bedeutet, dass der oö. Steuerzahler den Betreibern das finanzielle Risiko im Falle einer Nichtauslastung ihrer bestehenden und zukünftigen mobilen Asylquartiere abnimmt. Derzeit gibt es 21 solcher Quartiere. Insgesamt sind 100 mit insgesamt maximal 4.800 Plätzen für Asylwerber vorgesehen.

Pro Unterkunft könnte das Bundesland im Falle einer Nichtauslastung bis zu 405.000 Euro beisteuern, sodass der Hilfsorganisation am Ende nur mehr ein finanzielles Risiko von 15.000 Euro bleibt. Hochgerechnet auf die 100 möglichen Quartiere könnten dem Land Oberösterreich somit Kosten von bis zu 40 Millionen Euro entstehen. Kritik an der beschlossenen Förderzusage für Asylquartiere kommt von den Freiheitlichen. Entgegen der Versprechungen, dass dem Land OÖ keine weiteren Kosten bei der Unterbringung von Asylwerbern entstehen sollen, wurde die neue Mehrjahresverpflichtung nun doch durch den Landtag gebracht.

Kaum Abschiebungen von abgelehnten Asylwerbern

Wer einen negativen Asylbescheid erhält, der muss Österreich wieder verlassen. Die Praxis zeigt, dass das aber kaum passiert. Ein Großteil der abgelehnten Asylwerber bleibt weiterhin im Land. Es gibt nur eine geringe Zahl an Abschiebungen.

Allein bis zum 30. Juni des laufenden Jahres wurden 11.423 Asylanträge (36,2 Prozent) rechtskräftig abgelehnt, doch nur 5.168 Personen verließen Österreich auch tatsächlich.

Im Jahr 2015 waren es bei 24.017 negativen Entscheidungen nur 8.365 Abschiebungen. Stellt man also die Zahl der negativen Asylbescheide den Zahlen der Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen gegenüber, so folgten seit 2015 auf 35.440 abgelehnte Bescheide nur 13.528 Ausreisen. Insgesamt halten sich also offiziell – und nur für die Jahre 2015 und 2016 betrachtet – über 20.000 abgelehnte Asylwerber unberechtigt in Österreich auf. Dazu kommt noch eine statistisch nicht erfasste Anzahl von ab-

gelehnten Asylwerbern aus den Jahren vor 2015.

Diese enorme Schieflage kritisierte FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner mit deutlichen Worten: „Die Regierung versagt vollkommen bei der Rückführung von abgelehnten Asylwerbern. Anstatt sich schnell und nachhaltig um die Rückführungen zu kümmern, etwa mit längst überfälligen Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsstaaten, diskutiert man über die angeblich hohen Kosten von Abschiebungen. Dabei wird jedoch übersehen, dass eine Abschiebung immer noch günstiger ist, als wenn unsere Gesellschaft einen abgelehnten Asylwerber über Jahre auch noch erhalten muss.“

Energiesparverordnung: Aus für Doppelförderungen

Im Bereich der Wohnbauförderung für Neubauten ist Wohnbau-Referent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die bewusste und energetisch sinnvolle Planung ein Anliegen.

Verwendet werden sollen innovative und alternative Energiegewinnungsformen.

Mittels Energiesparverordnung gab es bis dato Förderungen auch für den Ersatz alter Anlagen durch alternative Systeme. Allein im Jahr 2015 waren dies 5,7 Millionen Euro. Ursprünglich als Impulsförderung gedacht, um alternative Systeme am Markt zu etablieren, war es keinesfalls

als Dauerförderung geplant. „Mit dem Auslaufen wird eine weitere Doppelförderung eliminiert“, begrüßt Haimbuchner die Nutzung alternativer

Energieformen. „Bei Förderungen und Förderungen muss mit dem vorhandenen Geld wirtschaftlich umgegangen werden. Daher sind Doppelförderungen zu vermeiden.“



Mehr Polizei ist Gebot der Stunde

Nach den jüngsten Anschlägen in Bayern und anderen Teilen Europas wird es in Bayern bis zum Jahr 2020 zusätzlich 2.000 Polizisten geben. „Der Terror ist bereits vor unserer Haustüre. Daher erwarte ich mir vom zuständigen Innenminister Sobotka ebenfalls dafür Sorge zu tragen, dass es in Österreich zusätzliches Personal bei der Exekutive gibt. Mehr Polizei ist ein Gebot der Stunde, denn die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit“, so der freiheitliche Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek.



Die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit

„Die Kollegen in Bayern haben zu Recht erkannt, dass man mittels Personalstärke und Verbesserung der Ausrüstung der Polizei reagieren muss“, spricht sich Podgorschek zudem dafür aus, „dass das lange diskutierte Thema der Videoüberwachung erneut thematisiert werden muss. Denn: Die Voraussetzungen haben sich längst geändert, auch die Gefahren haben sich geändert.“ Von Sobotka erwartet sich der FP-Sicherheits-Landesrat die rasche Realisierung von zusätzlichen Polizeiplanstellen. „Dienstposten dürfen aber keinesfalls Nachbesetzungen für Pensionierungen und Karenzierungen sein. Die Exekutive muss dringend verstärkt werden. Die Beamten der Polizei müssen nicht nur entlastet werden, sondern im Vorfeld etwaige Verbrechen durch entsprechende Präsenz verhindern.“

Türken-Demos: Null-Toleranz für Extremisten



„Demonstrationen von Türken – unangemeldet wie nach dem Putschversuch in der Türkei – sind inakzeptabel“, so Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Etwaige Beteiligungen von sogenannten Integrationsvereinen sind zu prüfen.

„Angesichts der berichteten bedenklichen Inhalte und Parolen zeigt sich zudem klar, dass ein großer Teil der in unserem Land lebenden Türken von einer Integration in unsere Gesellschaft genauso weit entfernt sind, wie die Türkei von Österreich. Offensichtlich ist diesen Menschen die Türkei mit ihren Werten trotz einer Distanz von über 2.000 Kilometer wesentlich näher, als die bei uns geltenden Werte und Regeln.“ Besonders erschreckend sei, dass diese Haltung gerade bei Zuwanderern der dritten Generation weit verbreitet sei. „Ein klares

Signal, dass Rot und Grün mit ihrer Integrationsromantik gescheitert sind.“

Integrationsvereine mit großzügigen Förderungen machten bis dato offensichtlich das Gegenteil von dem, wofür sie Geld erhalten und was Sinn und Zweck ihrer Tätigkeit sein soll. „Diese Vereine müssen kontrolliert werden, eine Evaluierung reicht nicht aus. Geldgeber, Aktivitäten und Netzwerke sind offenzulegen. Wir haben ein Recht darauf zu wissen, wie weit der Arm von Erdogan, Muslimbruderschaft und Co. in un-

sere Gesellschaft bereits hinein reicht. Bis die Prüfungen abgeschlossen sind, darf kein einziger Cent aus Steuergeldern ausbezahlt werden. Für Extremisten kann es nur Null-Toleranz geben“, ist für Haimbuchner die rot-grüne Integrationspolitik gescheitert.

„Millionen wurden und werden in Vereine gesteckt und diese verwenden ohne Genierer das Steuergeld der Österreicher, um radikalisierte Parallelgesellschaften auf Knopfdruck mobilisieren zu können“, spricht sich Haimbuchner für einen sofortigen Kurswechsel aus. „Es muss Schluss sein mit ‚Integration‘ über derartige Vereine!“



Flüchtlingskrise: Massive Auswirkungen auf Europa

Die Flüchtlingskrise 2015 spielt vor allem in Bezug auf den Terror in Europa eine bedeutende Rolle. „Flüchtlinge wurden und werden nach wie vor an den Grenzen der EU zu wenig erfasst und registriert“, kritisiert FP-Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek. Durch dieses Verhalten wurden auch viele von ihnen durch das österreichische Staatsgebiet, ohne jegliche Kenntnis über sie, durchgeschleust.

„Diese Vorgehensweise könnte sich im schlimmsten Fall massiv auf Europa und Österreich auswirken“, verweist Podgorschek darauf, dass Deutschland bereits begonnen habe, vielen Flüchtlingen aufgrund der fehlenden Berechtigung die Einreise zu verweigern und sie nach Österreich zurückzuweisen. „Auch das kann für Österreich enorme Auswirkungen haben. Es ist nicht klar, ob und wie viele IS-Anhänger oder Terroristen sich nun in Europa und auch in Österreich aufhalten“, hat Podgorschek eine klare Forderung an die Bundesregierung: „Um die Situation besser einschätzen zu können, müssen alle nicht registrierten Personen ausgeforscht, erfasst und auch überprüft werden. Die jüngsten Ereignisse in Europa zeigen uns, dass terroristische Attentate

jederzeit und überall passieren können.

Nur wenn wir wissen, wer sich in unserer Heimat aufhält, können wir das Risiko von solchen Anschlägen minimieren.“



LR Elmar Podgorschek



Welser Volksfest: Frauen sexuell belästigt

Mittlerweile 17 Frauen gaben bei der Polizei an, am Welser Volksfest Anfang des Monats Opfer sexueller Attacken gewesen zu sein. Die Polizei konnte rasch fünf Männer als mutmaßliche Täter ausforschen, die gegen 1 Uhr früh im Gedränge bei der traditionellen Weinkost ihre Opfer – zwischen 18 und 50 Jahre – berührt und belästigt haben.

Es soll sich um unbegleitete, minderjährige Asylwerber zwischen 15 und 16 Jahren aus Afghanistan handeln, ein Verdächtiger sei ein 22-jähriger Iraker. Die Verdächtigen wurden auf freiem Fuß angezeigt. Es drohen Haftstrafen bis zu sechs Monaten.

Rasch reagiert hat der für Sicherheitsfragen in Wels zuständige freiheitliche Vizebürgermeister Gerhard Kroiß. In einem Gespräch mit den Unterkunftgebern der Asylwerber wurde vereinbart, dass die minderjährigen Flüchtlinge während der Dauer der Welser Messe ab 20 Uhr zu Hause sein müssen. Das wurde für diesen Zeitraum in der Hausordnung aufgenom-

men. „Unter den Tatverdächtigen war auch ein 15-Jähriger, der hat um Mitternacht ohnehin nichts mehr auf der Straße zu suchen. Die vorübergehende Änderung der Hausordnung war nötig, weil die Welser Volksseele durch die Übergriffe enorm brodelte“, so Kroiß. Der Welser FPÖ-Bürgermeister Dr. Andreas Rabl sagte unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorfälle: „Es darf in diesem Fall keine Toleranz geben.“ Die Polizei verstärkte zudem für die Dauer der Messe ihre Präsenz vor Ort. Und nach der traditionellen Welser Messe wird es einen runden Tisch mit Vertretern von Polizei, Unterkunftsbetreibern und der Stadt Wels geben, kündigt Kroiß weitere Schritte an.

1. September ist „Reformtag“

Für FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Klubobmann Ing. Herwig Mahr ist der 1. September der „Reformtag“ in Oberösterreich.

Mit diesem Tag wurden gemeinsam mit der ÖVP Reformen in Oberösterreich umgesetzt, die durch blaue Initiativen ins Rollen kamen. „Wir setzen ein deutliches Signal des Regierungswillens und der Einsparungen. Wir werden weiterhin Schritt für Schritt mit Hausverstand dafür sorgen, dass vernünftig gespart wird. Nur so kann das Vertrauen in die Politik und in den Standort Oberösterreich gestärkt werden“, so die klare Position des FPÖ-Landesparteiobmannes, der die FPÖ als Reformmotor in der Landesregierung sieht.



FPÖ Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Klubobmann Ing. Herwig Mahr

So geht es etwa um Einsparungen im Verwaltungsbereich. Wie vor den Wahlen im letzten Jahr versprochen, wird der Posten des Vize-Landesschulratspräsidenten von der FPÖ nicht nachbesetzt. „Das ist mehr als Symbolik, das ist die freiheitliche Werthaltung. Denn in Zeiten eines knappen Budgets muss man Mut für überfällige Reformen haben“, verweist Klubobmann Mahr darauf, dass diese Position eine der Muster-

beispiele für hohe Kostenfaktoren in der Schulverwaltung sei.

■ BH Grieskirchen-Eferding: Startschuss für Reformprojekt

Mit 1. September haben die beiden Bezirke Grieskirchen und Eferding einen gemeinsamen Bezirkshauptmann, mit der Zusammenlegung der Verwaltung beider Bezirke sollen jährlich 700.000

Euro eingespart werden. Knapp die Hälfte sind hierbei Personalkosten.

„Diese Fusion ist nur der erste Schritt. Würde es weitere Verwaltungsgemeinschaften geben – etwa in den Statutarstädten Wels und Steyr – könnte man pro Bezirk zusätzlich zwischen 1,6 bis 1,7 Mio. Euro einsparen“, zeigen Haimbuchner und Mahr auf, dass Strukturen aufgebrochen werden sollen.

Reisende soll man nicht aufhalten

Im letzten Jahr gab es 215 Prozent mehr Asylanträge als 2014, fast die Hälfte der Anträge wurden bereits rechtskräftig abgelehnt. Alleine 2016 bekamen schon mehr als 13.000 Asylwerber negative Bescheide zugestellt und mussten – eigentlich – unser Land verlassen. Unter den Zuwanderern wollen viele sogar freiwillig in ihre Heimat zurück. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage unter Türken in Österreich zeigt, dass mehr als die Hälfte der Befragten bereit wäre, unser Land sofort zu verlassen.

Die FPÖ will den rückkehrwilligen Zuwanderern jetzt unter die Arme greifen. „Das Innenministerium soll österreichweit Beratungsstellen für rückkehrwillige Zuwanderer einrichten“, fordert FPÖ-Bundesrat Michael Raml. „Vor allem in Wien wird angesichts des hohen Ausländeranteils wohl besonderer Bedarf herrschen. Hier finden sich bestimmt kompetente Berater und ein

leerstehendes Büro im Eigentum des Bundes.“

Von Geldleistungen als Motivation zur Rückreise hält der FPÖ-Politiker aber nichts, auch wenn 40 Prozent der befragten Türken angegeben haben, sie würden Österreich nur unter finanziellen Anreizen verlassen. „Von diesen ausreisebereiten Türken fordern 43,8%

100.000 Euro, 16,6% 50.000 Euro, 27,6% zwischen 10.000 und 20.000 Euro und das verbleibende Drittel möchte ein individuelles Angebot. Eine ‚Ausreiseprämie‘ gibt es sicher nicht!“, sagt Raml kopfschüttelnd. „Viele dieser Menschen haben lange von unserem ausgezeichneten Sozial- und Gesundheitssystem profitiert und dem Staat viel gekostet.“

Der Wiederholung der Stichwahl für das Amt des Bundespräsidenten sei Dank: Für die Medien gab es heuer kein „Sommerloch.“ Auffallend an allen Meldungen von Kanzler, Innenminister, Außen- und Integrationsminister, Sozialminister und weiteren Vertretern von SPÖ und ÖVP: Hektisch kamen Forderungen zur Migrationskrise, die jedoch vom jeweils anderen Regierungspartner nicht unterstützt werden.

Österreich ist längst an der Grenze der Belastbarkeit angelangt und das in vielen Bereichen: Finanziell, sozial-, sicherheits- und auch gesellschaftspolitisch. Für das laufende Jahr rechnet man mit direkten Kosten für die Flüchtlinge von rund zwei Milliarden Euro. Oberösterreich hat dem Anstieg der Kosten bei der Mindestsicherung einen Riegel vorgeschoben, in den anderen Bundesländern wird aber noch diskutiert und gestritten, einstweilen steigen die Kosten.

Wann folgen Taten?

Die Österreicher zahlen für die Flüchtlingswelle nicht nur mit ihren Steuergeldern sondern auch aus sicherheits- und gesellschaftspolitischer Sicht. Mit den Flüchtlingen kamen nämlich auch radikal-islamistische Terroristen in unser Land und nach Europa.

SPÖ und ÖVP haben die Wahrheit zu lange ignoriert. Plötzlich vernimmt man FPÖ-Forderungen – Zuwanderung stoppen, Asyl ist Schutz auf Zeit, nicht das Recht auf Einwanderung, echter Grenzschutz.

Da diese Ankündigungen nach wie vor auf Umsetzung warten lassen, wird es wahrscheinlich – typisch für Österreich – bis zum St. Nimmerleinstag dauern. Dann ist es aber eventuell zu spät.



Foto: Andreas Rüttinger

Zahlt die Caritas Strafen aggressiver Asylanten?

Vier afghanische Asylwerber brachten Anfang August den Zugverkehr von Linz nach Kirchdorf für kurze Zeit zum Erliegen. Nachdem sie vom Schaffner aufgefordert wurden, ihre Fahrscheine vorzuweisen, stellte sich heraus, dass einer der Asylwerber kein gültiges Ticket hatte. Daraufhin umzingelten und bedrängten die vier Männer den Zugbegleiter derart, dass dieser beim nächsten planmäßigen Halt im Bahnhof Nettingsdorf die Unterbrechung der Weiterfahrt veranlasste und die Polizei verständigte.

Vor dem Eintreffen der Polizisten flüchtete der unbekannte Schwarzfahrer. Die anderen drei Männer im Alter von 16, 19 und 20 Jahren blieben vor Ort. Der 16-Jährige verhielt sich während der Amtshandlung gegenüber den Beamten trotz mehrmaliger Abmahnung äußerst aggressiv. Gegen ihn wird Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft Linz-Land erstattet. Bezüglich der Störung der öffentlichen Ordnung ergeht ebenfalls Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft. Dahingehend rechtfertigte sich der 16-Jährige, dass er keine Strafe bekommen würde, da diese sowieso vom seinem Unterkunftgeber, der Caritas, bezahlt werden würde.

FP-Klubobmann Herwig Mahr will diese Aussage jetzt genauer überprüfen. „Übernimmt die Caritas in ihrer falschen verstan-

denen Toleranz tatsächlich Strafzahlungen von Asylwerbern und wenn ja, in welchem Ausmaß? Ein Grund mehr für uns, die Zahlungen an Asyl-Einrichtungen genauer zu durchleuchten und zu klären, wofür die Gelder der Steuerzahler eingesetzt werden.“ Zudem fordert Mahr verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in öffentlichen Verkehrsmitteln, etwa eine flächendeckende, dauerhafte Videoüberwachung. „Neben der Abschreckung von Tätern und einer besseren Aufklärung von Straftaten können Überwachungskameras einen wichtigen Beitrag für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leisten.“ Die Caritas hat zwischenzeitlich die Vorwürfe zurück gewiesen. Es werden keinerlei Strafen für betreute Asylwerber übernommen, diese müssen für Fehlverhalten selbst die rechtsstaatlichen Konsequenzen tragen.

TTIP bedroht heimische Landwirtschaft

Eine internationale Studie bestätigt: die heimische kleinstrukturierte Landwirtschaft würde von TTIP massiv bedroht. Profiteur wäre der US-Agrarsektor. Manche Branchen – etwa die Rinderzucht – wären in ganz Europa zur Gänze in ihrem Bestand gefährdet.

Auf dem Spiel stehen die hohen Standards in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass der öffentliche Widerstand groß genug ist. Nun versucht man jedoch CETA – also das Abkommen mit Kanada – durch die Hintertür zu bringen und dafür die Weichen zu stellen. Immerhin hat der deutsche SPD-Chef, Wirtschaftsminister Gabriel ebenso wie sein französischer Kollege Fekl die Verhandlungen zu TTIP für beendet erklärt.

Die FPÖ warnt klar davor, den sensiblen Bereich Landwirtschaft ungehemmt der amerikanischen Konkurrenz auszusetzen. „Grenzwerte für Pestizidrückstände auf Obst und Gemüse werden seitens der US-Agrarlobby als ‚unangemessen niedrig‘ erachtet. Es ist also völlig klar, in welche

Richtung die Reise für die österreichische Landwirtschaft – und für den österreichischen Verbraucher – bei TTIP geht“, so EU-Abgeordneter Mag. Franz Obermayr. Und der Landesobmann der Freiheitli-



chen Bauernschaft OÖ, LABg. Ing. Franz Graf, mahnt ein, dass eine krisensichere Eigenversorgung mit Lebensmitteln nötig ist. „Eiweißimporte aus Übersee würden unsere Märkte aus dem Gleichgewicht bringen.“

Auch für den Bundespräsidenten Norbert Hofer ist die Sache klar: er würde TTIP als österreichischer Bundespräsident nicht unterschreiben. Es sei denn, die Österreicher entscheiden sich im Rahmen einer direktdemokratischen Entscheidung dafür. Hofer verweist auf eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung, die bereits vor zwei Jahren veröffentlicht wurde. „Das Papier zeichnet ein klares Bild: Wenn überhaupt, treten minimale positive Effekte erst in vielen Jahren ein. Allerdings drohen gleich Verschlechterungen beim Arbeitsrecht, beim Umweltschutz, bei der Landwirtschaft und besonders bei der Demokratie. So können etwa US-Konzerne Österreich klagen, wenn beispielsweise das Parlament Verbesserungen beim Konsumentenschutz beschließt“, warnt Hofer.

Zuwanderung: Österreicher machen sich Sorgen

Die Bevölkerung in Österreich wächst laut einer Prognose des Instituts für angewandte Systemanalysen in Laxenburg auf 10,5 Millionen Menschen bis zum Jahr 2050. Grund dafür ist die massive Einwanderung, denn ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung im selben Zeitraum auf 7,9 Millionen zurückgehen.

Relativ gesehen wird die Einwohnerzahl Österreichs also bei anhaltender Einwanderung um 22 Prozent ansteigen. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle internationale Studie des Meinungsforschungsunternehmens GfK, dass sich 66 Prozent der Österreicher Sorgen wegen der massiven Zuwanderung machen.

Klubobmann Ing. Herwig Mahr rechnet vor, dass seit 2015 Asylanträge in Summe von drei der bevölkerungsreichsten Städte in Oberösterreich gestellt wurden. „Ganz Wels, Steyr und Traun zusammen suchen seither Aufnahme in unserem Land. Und derzeit ist kein Ende in Sicht.“ Von der FPÖ gibt es

ein klares Bekenntnis zu zeitlich begrenztem Schutz und Hilfe für Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. „Aber der Missbrauch des Asylrechts muss umgehend gestoppt werden. Ist ein Flüchtling nicht schutzberechtigt oder verübt er gar straffällige Handlungen, muss er umgehend unseres Landes verwiesen werden“, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner die andauernde Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts. „Wenn in unserem Land

die Sicherheit der Bürger gefährdet ist, die Regierung mit Lippenbekenntnissen versucht, ihre angeblich durchdachte Asylpolitik als Meisterwerk zu verkaufen und am Ende des Tages nur Floskeln übrig bleiben, hilft das niemandem. Die

Grenze des Machbaren ist längst überschritten. Bevor tatsächliche Maßnahmen erarbeitet sind und greifen, ist jeder weitere einreisende Flüchtling eine Zumutung für die österreichische Bevölkerung“, sprechen sich Haimbuchner und Mahr für den umgehenden Beginn einer konsequenten Asylpolitik aus.



ÖSTERREICH BRAUCHT SICHERHEIT

NORBERT ~~HOFER~~
BUNDESPRÄSIDENT

Wir Österreicher vertrauen Norbert Hofer, weil nur er ...

- ... uns Österreicher gegen die **Gefahren einer falschen Zuwanderungspolitik verteidigt**. Wir Österreicher haben ein Recht auf unsere Heimat und auf Schutz vor Islamismus und Gewalt.
- ... Österreich **respektvoll und selbstbewusst in der Welt vertritt**. Österreich muss souverän sowie selbstbestimmt handeln und soll Partner statt reiner Befehlsempfänger der EU-Kommission sein.
- ... für eine **bürgernahe Europapolitik** eintritt und nicht zulässt, dass wir für die Schulden anderer Länder haften müssen. Österreich muss seine **eigenen Finanzen für künftige Generationen in Ordnung bringen**.
- ... **nicht zulässt, dass unser Sozialsystem missbraucht und zerstört wird**. Die Grünen wollen noch mehr Menschen aus dem Ausland nach Österreich holen, die keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben und von der Mindestsicherung leben.
- ... **unsere Arbeitsplätze und unsere Betriebe gegen Verdrängung und Lohndumping schützt**. Unsere Betriebe sind erstklassig und unsere Arbeitnehmer leisten echte Wertarbeit. Das soll sich in Zukunft auch wieder lohnen.
- ... **Frauen und Kindern besonderen Schutz** zukommen lassen will. Gewalt gegen Frauen und Kinder verdient keine Toleranz.
- ... dafür sorgt, dass **unser Bundesheer wieder gestärkt** wird und unsere **Polizisten** bei ihrer gefährlichen Arbeit **mehr Unterstützung erfahren**. Unsere Straßen und Plätze sollen wieder sicherer werden.
- ... das **Freihandelsabkommen TTIP nicht unterschreibt** und gleichzeitig unser Recht auf einen umfassenden Gebrauch von Bargeld verteidigt.
- ... sich wirklich für uns einsetzt, anstatt nur davon zu reden. Das gilt für die **Sicherheit der Pensionen**, für ein **leistungsfähiges Gesundheitssystem**, für die **Pflege alter und behinderter Menschen** und für die kommenden Generationen.
- ... für eine **Senkung von Steuern** plädiert, anstatt neue Steuern zu fordern.
- ... weiß, dass **in einer Demokratie die Menschen die höchste Instanz** sind. Politiker folgen erst danach. Deshalb steht er auch für mehr **direkte Demokratie und gibt den Österreichern damit ihre Stimme zurück**.
- ... **die alltäglichen Sorgen der Menschen im Land versteht** und aufgrund seines schweren Unfalls vor vielen Jahren weiß, wie man mit einem Schicksalsschlag umgehen kann.